

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis vierjährlich 2,10 M., unter Bezugshand 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Reaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, III.
Druck von G. A. G. Meister & Co., Hannover.

Insertionspreis:
die sechseckige Kolonie 40 S., für Mitglieder 30 S.
Schluß für Inserate: Dienstag früh 8 Uhr.

Unser Verband im Jahre 1908.

V.

Unterstützung in Sterbefällen.

Einer der jüngsten Unterstützungswege der Gewerkschaftsorganisationen ist das Sterbegeld. Im Brauereiarbeiterverband wurde letzteres auf dem im Jahre 1904 in Frankfurt a. M. stattgefundenen Verbandsstag beschlossen und am 1. Oktober 1904 eingeführt. Die zunehmende Annahme dieses Unterstützungswege lässt erkennen, daß letzterer geeignet ist, die Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Während der letzten 3 Jahre wurden innerhalb des Brauereiarbeiterverbandes folgende Unterstützungsätze zur Auszahlung angewiesen:

Beiträge in Höhe von

Im Jahre	22,50 M.	45 M.	60 M.	75 M.	90 M.	Summe
1906*	1	31	26	8	20	86
1907		64	35	8	36	143
1908	3	80	50	20	35	188

Die im Jahre 1908 ausgezahlten Unterstützungen in Sterbefällen verteilen sich auf die einzelnen Kategorien wie folgt. Es wurde ausgezahlt:

An die Hinterbliebenen verstorbenen	In Höhe von Mark:					Zusammenfälle
	22,50	45	60	75	90	
Brauer und Böttcher	—	32	18	7	22	79
Hilfs-, Hof- und Flaschenfertersonal	—	26	12	5	9**)	52
Fahrpersonal	1	16	18	8	3	46
Heizer, Maschinisten, Handarbeiter und andere	—	5	2	—	1	8
Frauen	2	1	—	—	—	3
	3	80	50	20	35	188

Insgesamt wurde Unterstützung in Sterbefällen ausbezahlt an Hinterbliebene der Mitglieder aus der Gruppe:

Brauer und Böttcher	Hilfs-, Hof- und Flaschenfertersonal	Maschinisten, Fahrpersonal	Heizer, Handarbeiter	Frauen	Summe
5025,— M.	3303,— M.	2602,50 M.	435,— M.	90 M.	11 245,50 M.

Der im Berichtsjahr in München gelagte Verbandsstag beschloß eine Erweiterung dieses Unterstützungswege und zwar wird ab 1. Oktober 1908 beim Ableben von Ehegatten der unterstützungsberechtigten Mitglieder letzteren ein Drittel dessen Betrags als Sterbegeld gewährt, welches sie auf Grund ihrer Mitgliedsdauer als Mitglieder zu beanspruchen hätten. Im 4. Quartal 1908 wurden ähnlich Ableben von Ehefrauen verstorberner Mitglieder in 12 Fällen zusammen 270 M. zur Auszahlung angewiesen, so daß die Summe des im Jahre 1908 angewiesenen bezw. ausgezahlten Sterbegeldes 11 515,50 Mark beträgt, gegenüber 8820 M. im Jahre 1907.

Wie in früheren Jahren, wurde auch bei der diesmaligen Zusammensetzung des Materials das Alter der verstorbenen Mitglieder, und zwar nach Kategorien getrennt, berechnet und zum Vergleich gestellt. Das Alter der verstorbenen Mitglieder betrug

bei	Jahre									
	unter 20	21–25	26–30	31–35	36–40	41–45	46–50	51–55	56–60	über 60
den Brauern u. Böttchern	1	5	16	14	6	16	10	7	3	1
den Hilfs-, Hof- und Flaschenfertarbeitern	3	4	3	5	6	10	5	5	7	4
dem Fahrpersonal	—	1	2	5	6	14	8	6	2	2
den Heizern, Handarbeitern, Maschinisten den Frauen	—	—	1	—	2	—	1	1	1	3
Total	4	10	22	24	20	40	25	19	13	11

Das Durchschnittsalter der Verstorbenen beträgt bei Brauern und Böttchern 37,5 Jahre, bei dem Hilfspersonal 42,4 Jahre, bei dem Fahrpersonal 43,6 Jahre, bei dem übrigen Personal 51,2 Jahre, das Durchschnittsalter aller Kategorien 49,8 Jahre gegenüber 38,09 Jahre im Jahre zuvor. Schluß, irgend welcher Art lassen sich aus obigen Zahlen allein nicht ziehen.

* Nur für 2 Quartale. In einem Falle wurden statutengemäß nur 18 M. zu den Beerdigungskosten zugezahlt.

Die Mitgliedsdauer der Verstorbenen war die folgende:

Mitgliedsdauer	Jahre	Brauer und Böttcher	Hilfs-, Hof- und Flaschenfertersonal	Fahrpersonal	Maschinisten, Heizer, Handarbeiter	Frauen	Zusammen
1 – 1½	11	7	9	—	—	—	27
1½ – 2	8	5	3	3	—	—	19
2 – 2½	2	7	1	1	—	—	13
2½ – 3	8	5	4	1	—	—	13
3 – 3½	5	4	4	—	—	—	13
3½ – 4	6	4	4	—	—	—	14
4 – 4½	1	2	5	1	—	—	9
4½ – 5	5	4	6	1	—	—	16
5 – 5½	3	2	4	1	—	—	10
5½ – 6	3	1	1	—	—	—	5
6 – 6½	1	1	2	—	—	—	4
6½ – 7	25	9	3	1	—	—	38

wandten Betrieben beschäftigten Arbeiter. So mancher unserer gelernten Arbeiter trägt den gefährlichen Tuberkulose-Bazillus schon seit seiner Lehrzeit in sich. Mangelhafte Ernährung, anstrengende Arbeit, ungesunde Wohnstätten und Arbeitsräume wirken zusammen und ebnen der Tuberkulose den Weg. Viele praktische Organisationsarbeit ist noch nötig, um die Ursachen dieser wütenden Volkskrankheit wesentlich zu vermindern. Gewiß ist es lobenswert und zweckmäßig zu begrüßen, wenn Krankenkassen und Versicherungsanstalten Heil- bzw. Erholungsstätten für Lungenkranken errichten. Praktische Bedeutung werden diese Anstalten aber erst dann erhalten, wenn das Uebel an der Wurzel beseitigt ist. Bessere Lebensbedingungen der Arbeiter, gesundere Arbeitsräume, kürzere Arbeitszeit entziehen der Tuberkulose den Boden. Hier kann also die gewerkschaftliche Organisation in hohem Grade bessernd wirken.

Von den 46 Todesfällen der Vierjahre hatten allein 11 Fälle Unfälle zur Ursache. Nicht weniger als 3 Vierjahrer wurden von ihrem eigenen Gespann über- und totgeschlagen. Die unendlich lange ausgedehnte Arbeitszeit dieser Arbeiterkategorie muß naturnotwendig derartige Zustände zeitigen. Noch trossiger wird das Verhältnis, wenn man die sich bei dem Fahrpersonal ereignenden Unfälle denjenigen aller Kategorien gegenüberstellt. Von 100 Todesfällen waren die Ursache Unfälle:

bei dem Fahrpersonal	bei allen anderen Kategorien
22,5	7,9

Auch hier trifft das zur Bekämpfung der Tuberkulose Gefahr zu. Hier Wandel zu schaffen ist eine starke Organisation, die Einheitsorganisation der Brauereiarbeiter Bedeutung.

Die Tätigkeitsdauer unserer verstorbenen Mitglieder war im Berufe die folgende:

Jahre	Brauer und Böttcher	Hilfs-, Hof- und Flaschenfertersonal	Fahrpersonal	Maschinisten, Heizer, Handarbeiter	Frauen	Zusammen mit Todesfällen aus
unter 5	3	11	8	3	2	8
6–10	13	17	13	1	1	18
11–15	18	9	9	—	—	12
16–20	15	8	10	1	—	15
21–25	10	4	4	1	—	6
26–30	10	—	1	1	—	2
31–35	5	2	1	—	—	2
36–40	2	—	—	—	—	—
über 40	3	1	—	—	—	2

Wie bei der Mitgliedsdauer unserer verstorbenen Mitglieder, dürfte auch das Resultat obiger Zusammenstellung auf den Gesamtverband anwendbar sein.

Nachstehende Zahlen geben ein Bild über die Krankheitsdauer, welche dem erfolgten Tode voranging.

Die Krankheitsdauer betrug:

00 bis zu 1 Woche	von 1–2 Wochen	von 2–4 Wochen	von 4–6 Wochen	von 6–8 Wochen	von 8–13 Wochen	über 13 Wochen
in Fällen						
26	17	10	11	8	10	22

Aus diesen Zahlen spiegelt sich die Lebensgeschichte der arbeitenden Bevölkerung wieder. Niemand deutlicher wie hier wird den Brauereiarbeitern zum Bewußtsein gebracht, daß der Anschluß an den Brauereiarbeiterverband für sie bessere Notwendigkeit ist. Nicht weniger wie 135 verstorbene Kollegen, das sind 72 Prozent aller Fälle, waren vor dem Ableben gezwungen, Verbandsunterstützung, in einer Reihe von Fällen bis zu der vollen statutarischen Höhe, zu beziehen. Der Brauereiarbeiterverband schaffte die in fast allen Tarifverträgen vorgegebenen Vergütungen bei Krankheitsfällen, welche, außer den 26 Kollegen, deren Hinscheiden eine Krankheit nicht vorausging, in allen Fäll

Reichsgesetzes betreffend die Haftpflicht der Straßenbahnen für Schäden an Sachen unterbreitet. Die Petitionskommission erstattete nun kürzlich über diese Materie Bericht und entnehmen wir den Ausführungen des Referenten u. a. folgendes: Eine am 1. Dezember 1900 dem Reichstag überreichte Petition des gleichen Inhalts ist durch Plenarbeschluss vom 16. März 1903 dem Reichskanzler zur Verabsichtung überwiesen worden. Die von den Petenten angestrebte reichsgesetzliche Regelung der Haftpflicht der Straßenbahnen ist jedoch bisher nicht erfolgt, es ist auch nicht bekannt, daß eine derartige Regelung in naher Aussicht steht. Diese Tatsache hat den Petenten ernst Veranlassung gegeben, ihre Bitte dem Reichstage zu unterbreiten, da der Mangel einer reichsgesetzlichen Bestimmung eine Haftbarkeit der Straßenbahnen ausschließe und dem Publikum großen Schaden zufüge.

In dem Reichshaftpflichtgesetze vom 7. Juni 1871 ist der Grundsatz der Trennung der Haftpflicht von dem Verhältnis durchgeführt. Der Unternehmer haftet daher nur für jeden Schaden. Im preußischen Eisenbahngesetz vom 8. November 1888, das im § 25 die Haftpflicht für Körper- und Sachschäden vorsieht, finden die Wünsche der Petenten ebenfalls keine Regelung, da das Gesetz nach der Rechtsprechung nur auf Wollbahnen Anwendung findet.

Es bestehen deswegen bezüglich der Haftpflicht für Beschädigungen an Sachen im Reiche die verschiedensten Rechtsvorschriften. Einzelne Bundesstaaten, wie Bayern, Württemberg, Hessen, Braunschweig, Sachsen-Meiningen-Gotha, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Würth, die beiden Nenn- und Lübeck haben von ihnen nach Artikel 105 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch zustehenden Rechte Gebrauch gemacht und durch besondere Gesetze die Haftpflicht für Sachschäden geregelt. Auch in den Reichslanden Elsass-Lothringen bestehen gesetzliche Vorschriften, wonach die Konzessionsinhaber oder Pächter einer Eisenbahn für den durch den Betrieb der Bahn verursachten Schaden verantwortlich sind. In Preußen und in den übrigen hier nicht aufgeführten Bundesstaaten kommt der § 823 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Frage, der in völlig unzureichender Weise eine Regelung der Haftpflicht versieht. Demnach wird bestimmt, daß von dem Beschädigten ein Verhältnis des Betriebsunternehmers oder eines seiner Angestellten nachzuweisen ist. Abgesehen von den Schwierigkeiten eines solchen Nachweises ist es dem Unternehmer auf Grund des § 823 ff. möglich, die Schadenshaftigkeit auf seinen Angestellten abzuwälzen, dessen Vermögenslosigkeit einen Erfolg an den Geschädigten in der Regel ausgeschließt. Die Sondergesetze der oben aufgeführten Bundesstaaten erkennen die Verpflichtung des Geschädigten zum Nachweise des „Verhältnisses“ nicht an. Der in diesen Gesetzen hervorgeholtene Grundgedanke ist etwa folgender:

1. Die Haftpflicht für Sachschäden bleibt auf diejenigen Bahnen beschränkt, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen betrieben werden, wenn die Schaden bei dem Betrieb infolge des öffentlichen Gebrauchs der Straßen und Plätze entstanden ist. Die Haftung bleibt ausgeschlossen bei eigenem Verhältnis des Sachinhabers und bei höherer Gewalt.
2. Die Haftpflicht umfaßt allen Sachschaden, der bei dem Betrieb einer Eisenbahn — einschließlich der Straßenbahnen — entstanden ist, wenn nicht eigenes Verhältnis des Geschädigten oder höhere Gewalt vorliegt.

Diese verschiedenenartige Rechtslage bezüglich der Haftpflicht der Eisenbahnen für Sachschäden hat ganz unhaltbare Folände gezeigt. Die Petenten erinnern z. B. daran, daß dieselbe Straßenbahn, die mehrere Staaten berührt, wie die Straßenbahn zwischen Frankfurt und Offenbach, die also preußisches und hessisches Gebiet befährt, hinsichtlich der Haftpflicht verschiedenen Gesetzen unterworfen ist. Für Hessen kommt das auf Grund des Artikels 105 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch erlaubte Sondergesetz in Frage, während für Preußen der § 823 ff. die rechtliche Grundlage bildet. Aus diesen Gründen petitionieren nun die Lohnunternehmer um den Entwurf eines Reichsgesetzes betreffend die Haftpflicht der Eisenbahnen, einschließlich der Klein- und Straßenbahnen für Sachschäden. Bei Bezugnahme dieser Petition im Reichstage gab nun der Regierungskommissar, Geheimer Regierungsrat Simons, folgende Erklärung ab: „Die vorliegende Petition geht insofern von falschen rechtlichen Voraussetzungen aus, als gemäß §§ 823, 831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der durch den Angestellten eines Eisenbahnmutternehmens Geschädigte, um von dem Unternehmer erhob zu klagen, weder ein Verhältnis des Unternehmers noch ein Verhältnis des Angestellten, sondern nur den unzähligen Zusammenhang zwischen dem Verhalten des Angestellten und dem Unfall nachzuweisen braucht, während es Sache des Unternehmers sei zu beweisen, daß ihm bei Auswahldes Angestellten kein Verhältnis zu

vorliege.“

Im übrigen enthalte aber die Petition,

daß sich nicht verleugnen lasse, manche beachtenswerten Ausführungen zu der Frage der reichsgesetzlichen Regelung der Haftpflicht der Straßenbahnen für Sachschäden. Sie habe daher dem Reichskanzler „Alas gegeben, Erörterungen wieder aufzunehmen, die auf Grund eines höheren Reichsvergleiches zwischen den beteiligten Städteln eingeleitet werden sollen, aber zu einem positiven Ergebnis nicht geführt hätten. Die gegenwärtig ergründeten Verhandlungen seien doch nicht so weit gediehen, daß bestimmte Mitteilungen über ihr vorläufiges Ergebnis gemacht werden könnten, insbesondere könne die Frage, ob die verhältnismäßig demnächst einen Gesetzentwurf im Sinne der Petenten vorlegen würden, noch aufgeklappt werden. Sicherlich werde man die Sache nicht aus dem Auge verlieren.“ Nach diesen Ausführungen des Regierungskommissars wurde die Petition dem Reichskanzler zur Verabsichtigung überwiesen.

Offensichtlich findet eine Regelung in der Weise statt, daß man auf dem Angeklagten, Bogenfänger, lastet über, die Schadenshaftigkeit anzufordern.

Gewerkschaftliche Revue.

Dezember.

Die Krise, die dem Jahre 1908 ihr Gipfel gab, hat sich im letzten Monat dieses Jahres noch mehr verschärft. Das Baugewerbe liegt diesen Winter gründlich darunter, die Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern des Baugewerbes ist ganz ungeheuer groß. Diese Lage des Baugewerbes wirkt besonders auch auf die Holzindustrie zurück; die Arbeitslosenziffer des Holzarbeiterverbandes erreichte im Monat Dezember ihren bisherigen Höchststand mit mehr als 8 Arbeitslosen auf je 100 Mitglieder. Die Bildhauer hatten im letzten Quartal nicht weniger als 64 Arbeitslosenfälle auf je 100 Mitglieder. Die Hoffnung, daß mit dem Nachlassen der Spannung auf dem Geldmärkte die Wirtschaftlichkeit sich wieder beleben würde, ist also nicht erfüllt worden. Es ist vielleicht möglich, daß zum kommenden Frühjahr eine Belebung des Baugewerbes einzustecken, sicher anzusehen dagegen sind noch keinerwegs vorhanden.

Aus einzelnen Industriezweigen wurden in den letzten Wochen des vergangenen Jahres zwar Berichte von einem herannahenden besseren Geschäftsgang laut. So sollen einzelne Branchen der Textilindustrie schon eine Befreiung erfahren haben. Die Elektrizitätsindustrie, die immer noch keine eigentliche Krise im vorigen Jahre durchmachten hatte, leidweise sogar einen guten Geschäftszug aufzuweisen konnte, hatte auch am Jahresende noch Aussichten für einige Zeit. Die Kriegsmaterialindustrie hat leidweise Bestellungen verschiedener Größe erhalten. Die Berichte aus dem Kohlenbergbau lauten indes weniger überwältig.

Dazu ist eine erhebliche Störung des kontinentalen Gewerbelebens durch die Wallauwirren festzustellen. Der von der Firma proklamierte Boykott österreichischer Waren hat auch recht unbeständige Wirkungen auf den deutschen Export gehabt. Das Boykottkomitee hat kaum genaue Unterscheidung zwischen deutschen oder österreichischen Waren gemacht. Außerdem bedeutet jede Schwächung des österreichischen Erwerbslebens auch eine solche für die deutsche Industrie und den deutschen Handel, der mit Österreich in lebhaftestem Austausch verkehrt steht.

Unter diesen mühsamen Gewerbsverhältnissen war es für die deutschen Gewerkschaften notwendig, im vorigen Jahre ihre Kämpfe auf ein Mindestmaß zu beschränken. Ein großer und ganzer ist das auch gelungen. Die Gewerkschaftsmitglieder sind zum größten Teile einsichtig gewesen, die Kräfte der Organisation nicht in aussichtslosen Kämpfen aufzutreiben. Einzelne unübliche Ausnahmen sind leider auch hier festzustellen. In zwei Fällen handelt es sich um die Metallarbeiter, die durch Einzelstreiks leicht in äußerst grobe Kämpfe verworfen werden würden. Davon haben wir i. St. den Stettiner Metallstreik an dieser Stelle eingehend gewürdigt.

Au Jahresende spielte sich eine ähnliche Geschichte in Mannheim ab. Im dortigen Streikwerk läudigte die Direktion Anfang des Jahres eine Reduktion der Altersabfinden an, gegen die sich die Arbeiter im Einverständnis mit den Verbandsinflüssen durch einen Streik zu wehren suchten. Im Laufe des Dezember fanden wiederholte Unterhandlungen mit der Direktion statt, die sich zu wichtigen Zugeständnissen bezüglich einer im voraus bestimmten Lohngarantie herabstellen mußte. Diese Unterhandlungen fanden unter dem Druck der badischen Metallindustriellen statt, deren Organisation die Aussperrung von 15 000 Arbeitern zum 1. Januar androhte, falls bis dahin der Streik im Streikwerk nicht beendet sei.

Die Zugeständnisse des Streikwerkes genügten den Streikenden, genau 600 an der Zahl, nicht. Sie waren sich wohl in der Hoffnung darüber klar, daß eine völlige Abwehr der Lohnredaktion nicht mehr zu erzielen sei, aber sie wollten auch keinen Frieden auf der angekündigten Grundlage schließen. Die Verbandsleitung der Metallarbeiter sah sich schließlich gezwungen, den Streik gegen den Willen der Streikenden abzubrechen, um die Aussperrung der 15 000 zu verhindern. Unter den vorherrschenden Konjunkturverhältnissen war dieser Schritt eigentlich selbstverständlich, so unliebsam er an sich auch sein mag. Aber man kann doch nicht gern einen ganz ausichtslosen Kampf aufnehmen, der verloren ist, bevor er begonnen wird, nur weil die Erhöhung von 600 Streikenden eine vollständige Begriffsverwirrung unter ihnen angerichtet hätte. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes tonne sicherlich nicht anders handeln, als er tut, 15 000 Ausscheperte über Wasser zu halten, lassen dem Verband wöchentlich mindestens 200 000 M., die zwecklos zu verwandeln der Vorstand gegenüber dem Gesamtverband zu verantworten, gar nicht in der Lage gewesen wäre. Die absolute Niederlage, die nach einigen Wochen sicher war, hätte für den Verband unabsehbare Folgen haben können. Unter solchen Umständen würde jede Verbandsleitung, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist und nicht mit Gewalt die mühlos aufgebauten Organisation zerreißen will, ebenso gehandelt haben.

Nun ist zwar viel über die Verkürzung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder geschrieben und geredet worden. Aber man kann doch nichts Demokraties darin finden, daß 600 Streikende ganz zweck- und nutzlos 15 000 ihrer Arbeitskollegen aus dem Betrieb hinzuwerfen lassen zu einer Zeit, wo die wirtschaftliche Krise im Lande tot und leinemelki Aussicht auf einen Erfolg des Kampfes vorhanden ist. Wenn die Streikenden selbst nicht loben Einigkeit befinden, dann muß die Verbandsleitung eingreifen; sie ist die Vertretung des Gewerkschaftsverbandes, die die Kosten für den Kampf zu tragen hat, und sie hat sich wegen ihrer Handlungen vor der höchsten Verbandsinstanz, der Generalversammlung, zu verantworten. Die Streikenden selbst aber würden wegen ihres Verlustes ungerades zur Verantwortung gezogen werden können.

Während so auf der einen Seite ein unangebrachtes Radikalatum sich bemerkbar macht, sucht das gelbe Schwarzenbergl sich unter der deutschen Arbeiterschaft festzusetzen. Die Berücksichtigung der deutschen Arbeiterschaft kann bald nicht weiter getrieben werden, als es jetzt geschieht. Christliche, örtlich-deutsche und rein gelbe Arbeitervereine, anarchistische Vereinheiten, und wie die Dinge sich sonst ausspielen, die in Deutschland Arbeitersplittung betreiben, tragen in außerordentlicher Weise dazu bei, die Kampfesfähigkeit der Gewerkschaften herabzusetzen. Wenn es trotzdem auch diesmal gelungen ist, eine Krise ohne nennenswerte Störungen zu befürworten, so darf man hoffen, daß wie die Krise im großen und ganzen gut überstanden werden. Das einige Zehntausend Mitglieder bei nahezu zwei Millionen verloren gegangen sind, wesentlich übrigens im Bauwesen, das seit gut zwei Jahren unter der wirtschaftlichen Depression leidet, will nicht viel belegen. Der erste Auftrag wieder auf wirtschaftlichem Gebiet wird diese vorübergehende Stagnation schnell überwinden.

Das eine ist zweifellos im vorigen Jahre anlagen: die einmal erreichte Lohnposition im großen und ganzen aufrecht zu erhalten. Die großen Tarifabschlüsse im Baugewerbe, in der Holzindustrie und im Schneidergewerbe haben unter der ausdrücklichen Anerkennung der bisher ergangenen Arbeitsklausuren festgestellt. Prinzipiell wurde festgestellt, daß Lohnabreden nicht in Frage kommen dürfen, daß vielmehr ein Ausgleich zum dem vorgenommen werden müsse. Diese Tatsache in der Holzindustrie und im Schneidergewerbe noch zu berücksichtigen bisherigen Positionen, die vielleicht nicht groß zu nehmen sind, aber dennoch müssen in einer wirtschaftlichen Krisenperiode von der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation ein gutes Zeugnis abliegen.

Was aber andre Gewerkschaften im vorigen Jahre auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge geleistet haben, darüber fehlen noch ausführliche Auskünfte. Was kann die für Arbeitslosenfürsorge verantwortliche Klausur, eine über getroff. am 10 bis 12 Millionen Mark beträchtliche Summe, wenn man bedenkt, daß eine nur zusammenfassende in der Arbeitslosenfürsorge vorgenommene Kalkulation bestätigt ist? Die Gewerkschaften haben aus eigener Rücksichtsummen anpassen verordnet und haben damit vorsichtig bestätigt, daß die beste Spartasse der Arbeiter gerade die gewerkschaftliche Organisation ist.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen. Zugung ist fortzuhalten nach Braunschweig-Brauerei-Sieger.

Boykottiert ist der „Doornkaat“-Schuh und die Porzellanfabrik Weineck-Brauerei Hr. Degens Nachfolger, Inhaber Hr. Stegemann Sohne, Nordhausen.

Hagen. Die Generalversammlung am 31. Januar nahm den Bericht des Vorstandes entgegen, wonach es in 30 Fällen nötig war, mit den einzelnen Firmen eine Absprache herzustellen, um bestehende Differenzen zu schließen, und man mit dem Erreichten in den meisten Fällen zufrieden sein konnte. Tarife wurden mit drei Brauereien abgeschlossen und in zweien das Freibier geregelt. Der Lohnbericht erachtet eine Jahresentnahme von 3051,00 M. Ausgabe 1147,30 M. An die Hauptstelle wurden geändert 1904,30 M.

Anschließend gab Kollegie Brüning den Bericht von der Lohnbewegung. An der Hand des von dem Boykottverband zugesandten Gegenberichts war zu erkennen, daß die Unternehmer wohl einige Zugeständnisse machen, welche jedoch die Arbeiter jedenfalls nicht befriedigen können. Vielleicht doch der Entwurf in einigen Fällen Verbleiterungen. Sämtliche Diskussionsredner erklärten, dem Tarif unter allen Umständen die Ausübung zu verbieten und fand eine Resolution einstimmig Annahme, wonach die Versammlung gegen die minimalen Zugeständnisse und teilweise sogar gebotenen Verbleiterungen protestiert, das geringe Entgeltmonate bedauert und die Lohnkommission beantragt, unverzüglich neue Verhandlungen anzubuchen und an den von ihr gemachten Vorschlägen unter allen Umständen festzuhalten. Die Versammelten verpflichten sich dagegen, die Kommission nach besten Kräften zu unterstützen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, die gewiß geringen Forderungen zur Durchführung zu bringen und gegebenenfalls den Anwendungen der Organisationsleitung in jeder Beziehung Folge zu leisten.

Solingen. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung am 24. Januar nahm Stellung zum Ablauf des Tarifs. Gauleiter Kraut, der das einleitende Referat hielt, verglich die Lohnverhältnisse der Solinger Brauereiarbeiter mit den in den Nachbarländern, wonach die Solinger als die niedrigsten zu bezeichnen sind. Die Brauereiarbeiter leiden auch noch dazu übergegangene Fleischsichten einzulegen, so daß das Fortkommen der Arbeiter noch mehr erschwert worden sei. Da sei es begreiflich, daß Unterernährung die Folge sei und Not und Misere ihrer Einzug in die Wohnungen der Arbeiter nehmen müsste. Nachdem sich eine ganze Anzahl Arbeiter im Sinne des Referenten ausgesprochen, halten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Gewerkschaftshaus tagende, überaus stark besuchte Versammlung aller in der Brauereiindustrie beschäftigten Arbeiter erklärt die bestehenden Verträge für das Gebiet Solingen in der Arbeitszeitfrage, als auch der Lohnstala, als nicht mehr den heutigen Verhältnissen entsprechend. Als Folge der Polizeipolitik haben die Lebensmittel für das Solinger Gebiet eine Preisseiterung erfahren, wodurch die bestehenden Lohnsätze als vollkommen unzulänglich bezeichnet werden müssen. Die Versammlung erachtet die Festsitzung der Verträge unter den gegebenen Verhältnissen als unvermeidlich und verpflichtet sich gleichzeitig zwecks Erneuerung eines seitensprechenden Vertrags auch den letzten Arbeiter für die Organisation zu gewinnen.“

In seinem Schlusswort forderte der Referent die Anwesenden auf, die bürgerlichen Vereine mehr wie bisher zu meiden und kräftig für die Organisation zu agitieren, und Kollege Grämer ermahnte die Versammlung, selber der „Arbeiterstimme“ zu werden und die bürgerlichen Blätter zu meiden.

Speyer. Eine öffentliche Brauereiarbeiterveranstaltung am 30. Januar beächtigte sich mit der Tagesordnung: „Welche Bedingungen sind notwendig, um eine Lohnbewegung erfolgreich zu beenden?“ Und „Soll der Tarif von 1906 gefestigt werden oder nicht?“ Von Seiten der „Christlichen“ waren zwei Mitglieder von den Bundesgesetzten erschienen. Referent war Bezirksleiter Hargenauer, der den Anwesenden die gegenwärtige schlechte Konjunktur mit ihren Begeisterungen, ebenso die bedauerliche Zersplitterung der Brauereiarbeiter in verschiedene Organisationen und den daraus herrschenden Individualismus eines Teils derselben vor Augen führte. Auf die Christlichen sei kein Verlaß und die Bundesgesetzten fänden ihre Predigt in daschinenvergängen, wobei sie die Herren Direktoren mit Ehrendiplomen beglückten. Sie redeten dabei jedenfalls auf die hingehende Münze, die ihnen von dieser Seite für ihre Rolle zufiel. Es sei nicht zu bestreiten, daß der gegenwärtige Verdienst zu beantworten: „Soll unter den gegebenen Verhältnissen der Tarif gefestigt werden oder nicht?“ Man möge alle in Betracht kommenden Momente wohlweislich erwägen und danach die Entscheidung treffen.

In der Diskussion sprachen manche, teils für, teils gegen eine Festsitzung des Tarifs aus. Ein christlicher Vertreter erklärte, daß sie von ihrer Hauptverwaltung den Antrag zur Festsitzung hätten. Weiter meinte er, die Organisation der Bundesgesetzten sei ein schwaches Blattwerk, von dem man sehr wissen müsse, wie es sich entwickelt. (Erwiderung des direktorialen Blatts dachte dies schwache Blattwerk dem Ende geweiht zu sein. D. B.) Es wurde dann eine gemeinsame Abstimmung beantragt, ob der Tarif gefestigt werden solle oder nicht. Die übergangszeit ist der Anwesenden sprach sich gegen ein. Sie sind ja aus mir einige waren dahin. Somit bleibt der bisherige Tarif weiter bestehen. Sollte der selbe aber von Seiten der Brauereien gefestigt werden, wird man seitens des Brauereiarbeiterverbandes darum trachten, das Ereignisse nicht allein zu erhalten, sondern auch bestrebt sein, die Lage seiner Mitglieder zu verbessern. Es ist deshalb notwendig, daß jeder Brauereiarbeiter für der Situation bewußt ist und Anschluß an den Brauereiarbeiterverband sucht. Einigkeit macht stark!

Speyer. Der Tarif mit der Aktienbrauerei (Storch) läuft auf ein Jahr weiter, nachdem von seiner Seite eine Festsitzung erfolgt ist.

Würzburg. Tarifvertrag. Am 30. Januar wurde der mit dem Hofbrauhaus abgeschlossene Tarifvertrag unterschrieben. Erreicht wurde ein 1½ Stunden Arbeitzeit und Lohnaussteuerungen von 1,50 bis 2 M. pro Woche. Der Urlaub wurde auf die Wölfe ausgedehnt. Drehtage bleibt wie bisher, und wird auch bei den ledigen Kollegen, welche außerhalb der Brauerei wohnen, gestellt. Täglich 2 Ritter mit nach Hause zu nehmen. Lohn- und Liebesstundenlänge für Arbeiterinnen wurden wesentlich erhöht. Die Abfahrt die Arbeit am Sonn- und Dienstag nur gegen Bezahlung zu legen, förderte an dem Widerstand der Betriebsleitung. Von wesentlicher Bedeutung ist die Begrenzung der Präzisionszeit der Bierfahrer, einschließlich Bütterungszeit. Bierfahrer erhalten pro Std. 50 bis 60 Pf. und wird jede Stunde über 13 Stunden Präzisionszeit entzehigt.

Die Unterhandlungen, die nebenbei bemerkt, auf beiden Seiten in der sachlichsten Weise geführt wurden, wurden durch die drohende Brauereieröffnung und die allgemeine Depression im Brauereiwesen stark beeinflußt. Arbeiterinnen wollen wir gern daß die Betriebsleitung mit wohltuender Offenheit ihren Standpunkt präzisiert und ich am erledigend die Verhandlungen der organisierten Arbeiter bestätige. Die Lohnbewegung bildet weder einen Beweis, daß die systematische Erziehung der Brauereiarbeiter gg. Rücklagen Gewerkschaften dazu fördernd auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen wirkt. Die Würzburger Kollegin haben sich teil der verhältnismäßig kurzen Zeit ihre Lungenkrankheit manche Ruhe erarbeitet. Sie leben noch vor 4 Jahren gezeigt hätte, daß sie in so langer Zeit sowohl in Bezug auf Arbeitszeit als Lohnabrechnung zu gute Wirtschaften machen würden, und nebenbei auch die Arbeitsbedingungen nicht zu wünschen übrig lassen, denn hätten sie nicht geglaubt. Bei davon entfernt behaupten zu wollen, daß nun die Arbeitsbedingungen nicht mehr zu wünschen übrig lassen, müßt doch außerstande werden, daß es nicht vor Schritt vorwärts geht. War manches Kolleg, der erst den Organisationsgedanken erfaßt, sieht jetzt was in vielen

Jahren seitens der Brauereiarbeiter verschwunden worden ist durch die Gleichmäßigkeit gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen. Hatten wir doch auch in Zukunft die gute Organisation im Brauhaus Würzburg auf der Höhe der Zeit bleibt, als gutes Beispiel der Arbeitsersoldarität.

Würzburg. Tarifverneuerung. Der Tarifvertrag mit der Brauerei F. & S. wurde unter Erhöhung der Löhne um 1,50 M. pro Woche auf ein weiteres Jahr verlängert.

Brennereien.

Neuhaldensleben. Traurige Zustände herrschen noch auf der hiesigen Brennerei und Geflügelküche. So müssen die dort beschäftigten Kollegen für geringen Lohn Tag und Nacht schützen. Es ist vorgekommen, daß ein Mann die Woche 120 Stunden oder mehr arbeitet hat, und trotzdem sagt der Direktor bei jeder Kleinigkeit, wenn es nicht passt, der kann gehen. Jetzt nun erst sind den betreffenden Kollegen die Augen ausgegangen, nachdem ihnen wieder ein Vorsprung von 2 Pf. (von 30 auf 27 Pf.) pro Stunde gewünscht worden ist, und haben sich den Brauereiarbeiterverbände angeschlossen. In einer außerordentlichen Versammlung, welche am 30. Januar stattfand, führte unser Gauleiter E. Nüger den betreffenden Kollegen vor Augen, daß nur eine geschlossene, einheitliche Organisation im Lande sei, derartige Zustände zu besiegen, resp. die Machinationen der Unternehmer zu verhindern. Er ermahnte die Kollegen, fest und treu zur Organisation zu halten, dann werden auch in diesem Berichte bald bessere Zustände erzielt werden.

Korrespondenzen.

Augsburg. Unsre Generalversammlung stand am 22. Januar statt. Während die zwei vorhergehenden Jahre viel Arbeit und Kämpfe brachten, so war das verlassene ziemlich ruhig verlaufen, auch sonst ist die Verhandlung im allgemeinen besser geworden. Auch die Mitgliederglocke hat sich im vorigen Quartal wieder gehoben; wenn es auch langsam geht, so hoffen wir doch mit der Zeit wieder auf die alte Höhe zu kommen.

Berlin. Von den in voriger Nummer veröffentlichten Namen von Arbeitern des Schuhherzbrauerei, Abt. I, die ihre Solidarität in der dort wiedergegebenen Form betätigten, sind zwei falsch wiedergegeben. Es helfen die zwei: Emil Brügel (richtig Dan) und Wilh. Behmann (richtig Behmann).

Breslau. Am 20. Januar stand unsre Generalversammlung statt, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Kollege Fischbeck gab die Quartalsabrechnung vom 4. Quartal. Er forderte die Kollegen auf, im neuen Jahre ihr bestes zum Ausbau der Organisation beizutragen. Nach dem Jahresbericht, den der Kassierer vorlegte, stand einer Einnahme von 10.023,18 M. eine Ausgabe von 5.555,11 M. gegenüber, sodass an die Hauptklasse 4473,07 M. abgeändert werden konnten. Es wurden für Erwerbstöfe 1.963,50 M., Arbeitslosen-658 M., für sonstige Unterstützungen 347,35 M. ausgegeben. Der Mitgliederbestand, der sich aus 402 männlichen und 2 weiblichen Mitgliedern am Anfang des Jahres zusammensetzte, hat sich trotz Fluktuation mit verminderter Arbeitsgelegenheit auf 480 männliche und 30 weibliche gehoben. Unterhandlungen haben innerhalb 9 Monaten 108 mit Arbeitgebern stattgefunden. In 27 Fällen konnten Klärungen und Entlassungen rückgängig gemacht werden und in 2 Fällen wurde Geldentschädigung gezahlt. Versammlungen wurden 13 abgehalten, seiner 12 Vorstandssitzungen, 44 Betriebsbesprechungen und 29 außerhalb Breslau. Im ganzen war der Beamte 46 Mal außerhalb Breslau. Versammlungen wurden in Saarau, Gorlau, Trebnitz, Mühlberg, Brieg, Rattowitz, Rybnik, Leobschütz, Ratzlitz, Protorschütz, Görsdorf, Waldenburg, Liegnitz, Oppeln und Gleiwitz abgehalten. Postkarten sind 620 em und 1257 ausgegangen, ohne Beitragsentnahmen.

Durch die Arbeitsvermittlung konnte einem großen Teil der Kollegen Arbeit nachgegeben werden. Die Genossenschafts-Brauerei hat sich bereits erklärt, alle Arbeitskräfte vom Verband zu beziehen.

Auch in anderer Richtung ist sie in weitgehendstem Maße den Wünschen der Arbeiter im Gegenseit zu dienen.

Die Genossenschafts-Brauerei gedeicht und schreitet vorwärts, auch ohne daß die gelbe Vereinigung, genannt Bundesverein, den Verbandsmitgliedern vorgezogen wird. Die dort angewesenden Bundesmitglieder haben es vorgezogen, English die Geschäftsführung zu versagen und haben sich dem Verband angegeschlossen.

Herrlichlich bricht sich auch bei dem einzügigen Teil der Bundesgesellen in den anderen Geschäftsbereichen bald der Gedanke dahin, daß der Bundesverein nicht der Platz ist, wo sie hingehören.

Nach der Wahl des Vorstandes stellte Kollege Klippel das Tun und Treiben der gelben Brauereigesellen in das rechte Licht, besonders dasjenige in der Hafte-Brauerei, wo sie sich noch unter der Obhut des Braumeisters Wünster und einigen anderen Boderbunischen alles Mögliche und Unmögliches gestalten können. Es muß der Frage einmal ernstlich näher getreten werden, ob Herr Kommerzienrat Haase davon Kenntnis hat und es gutheist, daß so versfahren wird. Mit was für Menschen man bei den Gelben zu rechnen hat, hat uns Waldenburg recht deutlich gezeigt.

Eine traurige Stille haben die Gelben bei der Wohnungsbewegung in München, an der auch ihre Mitglieder beteiligt sind, gewünscht.

Wäre es in München zum Kampf gekommen, so standen verschiedene Bundesgesellen von Görlicz schon bereit, um ihren kämpfenden Kollegen als Streitbrecher in den Rücken zu fallen. (Hat English-Haase nicht auch wieder Waren angemietet gehabt?) Gestaut war man zu hören, daß auf dem vor kurzem stattgefundenen Vergnügen der Gelben Herr Dr. Kippe eine Rede geschwungen hat. Glaubt die Kippe-Brauerei die gelbe Vereinigung noch besonders durch Herrn Kippe zu müssen?

Sollte es noch nicht genug sein, daß diese Leute sich schon eines besondern Schutzes zu erfreuen haben? Einzelne Gesellschaften davon eine unheimliche Ausnahme. Haben die Gebius-Bettelbriefe gar Eindruck bei den hiesigen Herrn gemacht? Nebenbei rächt man weit ab von den Gelben. Kommerzienrat Manz-Vaubach hat diesen Leuten ein treffendes Zeugnis ausgestellt. Ob Breslau der gereigte Boden für die gelbe Sippfahrt ist, wird die Zukunft lehren.

Zu Schlusswort wurden die Kollegen aufgefordert, fest zur Organisation zu stehen, neue Kämpfer heranzuholen, Abonnenten der "Böllerschütz" zu werden, welchem Bänche auch gleich 9 Kollegen nachzumachen. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

Chemnitz. Die Generalversammlung stand am 17. Januar statt und war sehr gut besucht. Die Abrechnung vom 4. Quartal bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 674,24 M. Der Bestand der Hauptklasse ist 200,62 M. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Quartals 110. Versammlungen fanden 13 statt. Betriebsbesprechungen 3 und zwar hauptsächlich wegen Abschlusses eines Tarifs mit der Schuhfabrik, seines 2. Vorstands- und 3 Kommissionssitzungen und 1 außerordentliche Versammlung, betreffs der Entlassungen in der Schuhfabrik, wobei 12 Männer betroffen wurden, von welchen 6 organisiert waren. In dieser Versammlung referierte Kollege Siedlemann und wurde den Kollegen erklärt, daß man nicht so vorzeitig sein dürfe mit der Unterzeichnung eines Tarifs. Nach der Wahl des Vorstandes berichtigte der Vorsitzende über die Verhandlung mit der Direktion der Schuhfabrik-Brauerei, daß die Entlassungen wegen Arbeitsmangels erfolgt jedoch wird, die Rundung eines organisierten Kollegen, welcher schon 3 Jahre im Betriebe tätig ist, rückgängig gemacht. Die organisierten Entlassenen, in Frage kommen noch zwei Männer, erhalten pro Mann und Woche 10 Mark Unterstützung, das Geld hierzu soll durch Sammelkassen aufgebracht werden.

Dortmund. Am 17. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsre Generalversammlung, die sich eines ziemlich guten Besuches zu erfreuen hatte. Zur einen Punkt erklärte Kollege Stein, der Vorsitzende des Vorstandes. Das derselbe Geschäftsjahr war nicht ein Jahr der Ruh, sondern ein Jahr mit großer Arbeit. Wenn die Lohnbewegungen und Tarifverträge im allgemeinen nicht den gewünschten Erfolg hatten, so lag dies größtenteils an den Kollegen selbst, indem sie der Organisation wieder den Rücken kehrten, und wenn einzelne Unternehmer die Organisation nicht anzuerkennen wollten, war

so ist dies leicht erkläbar, indem es noch Kollegen gibt, die sich ausdrücken, daß sie noch Zeit haben der Organisation beizutreten, wenn der Tarifvertrag abgelaufen ist. In einer solchen Biersadt, wo 1300 Brauereiarbeiter beschäftigt und nur ein Viertel davon organisiert sind, das ist ein schämendes Zeugnis für sämtliche Kollegen. Die Transportarbeiter behaupten, daß die Interessen der Werktäler besser vertreten würden, denn wir hätten nur etwas für die Brauer übrig. Das dies nicht der Fall ist, wissen die Herren ganz genau, und beweisen die Beispiele von Elbersfeld, Solingen, Hagen, Hamm und, ferner auch beweisen Unterhaching, Neukirchen, Eintracht bei Eschwege gerade das Gegenteil. Auch die Christenverschönerung hat sich Propaganda zu machen. Die Geschäftsführer haben es gefordert, jemand anzustellen, der die Leitung der Geschäfte übernimmt. Es sei aber zu bedauern, daß die Dortmunder Kollegen ihr in der damaligen Versammlung gegebenen Versprechen so schlecht gehalten haben. Im übrigen erledigte der Vorstand seine Geschäfte in 35 Sitzungen. Gewerkschaftssitzungen fanden 10 statt, seines 4 Lohnkommissionssitzungen und 13 Versammlungen. Geschäftsbesprechungen fanden 75 statt. Auflaufungen waren 164 zu verzeichnen. Hansagitationen waren 25 arrangiert, leider waren nur ein einziges Mal mehrere Kollegen erschienen. Von Seiten des Kollegen Obernentz wurde der Tätigkeitsbericht bis zur Anstellung des Kollegen Renz ergänzt. Nach erfolgter Wahl forderte Kollege Renz die Anwesenden auf, dem Vorstande im neuen Geschäftsjahr mehr zur Seite zu stehen, das Gehörte unter die nicht anwesenden Kollegen zu tragen, fernerhin auch sich an den Hansagitationen mehr als bisher zu beteiligen, um bei Antritt des Tarifvertrages dem Unternehmerum von Dortmund und Umgebung eine starke, gut geckte Organisation entgegenstellen zu können.

Elberfeld-Wormen. Am 17. Januar stand im Volkshaus unsre stark besuchte Generalversammlung statt. Zum Tätigkeitsbericht des Vorstandes ist zu bemerken, daß es im verlassenen Jahre an Arbeit nicht schlecht war.

Verhandlungen fanden 26 statt, Vorstands- und Betriebsbesprechungen 12. Ferner war es notwendig, verschiedene mal in einzelnen Brauereien vorstellig zu werden, um Differenzen zu beilegen. Die Abrechnung konnte noch nicht gegeben werden, da verholtene Beratungensteile noch nicht abgerechnet hatten. Nach erfolgter Wahl stand wieder der Musterbericht. Es ist eindeutig, daß die Kollegen im neuen Jahre sich immer so verhalten, wie zur Seite zu stehen, das Gehörte unter den nicht anwesenden Kollegen zu tragen, fernerhin auch sich an den Hansagitationen mehr als bisher zu beteiligen, um bei Antritt des Tarifvertrages dem Unternehmerum von Dortmund und Umgebung eine starke, gut geckte Organisation entgegenstellen zu können.

Gadeberg. Unsre Generalversammlung fand am 13. Januar statt. Nach dem Jahresbericht fanden 11 Versammlungen statt. Die Mitgliederzahl ist 69, wie zu Anfang des Jahres. Die Einnahme betrug 1633 M., die Ausgabe 432,16 M., an die Hauptklasse gesamt 1200,84 M. In der Votaklasse sind 128,10 M. vorhanden. Im übrigen hatten wir, da das Tarifverhältnisse ein ruhiges Jahr, da außer einer Maßregelung, welche rückgängig gemacht werden konnte, keine größeren Streitfälle vorliegen. Nach erfolgter Wahl wurde beschlossen, ausgestellten durchsetzenden Kollegen ein Votalsechein zu geben. Mögen die Kollegen im neuen Jahre sich immer so verhalten, wie man es von organisierten Arbeitern erwarten kann, dann werden auch die höchlichen Streitigkeiten untereinander aufhören. Auch sind eine Anzahl Kollegen noch immer nicht Abonnenten der Arbeiterpreise; sie lassen das Verhantie baldigst nachholen.

Moskau. Unsre sehr gut besuchte Generalversammlung fand am 15. Januar statt. Kollege Seiter erstattete den Jahresbericht. Es haben 22 Mitglieder und eine öffentliche Versammlung stattgefunden, eine Sitzung des Kartells mit dem Bezirksteiler, 9 Lohnkommissionssitzungen, 7 Sitzungen der Gewerkschaftsvorstände. Die Polizeigänge der Bahnhöfe betragen 121, die Ausgänge 106. Kollege Seiter geschilderte noch des Streits bei Schwartau. Seiter, welcher vollständig zu unserer Gunsten verlaufen ist. Die Vorfahre, die seinerzeit den Mansreicher spielen, sind jetzt auch von der Firma an die Lust befördert. Kollege Ziegler erstattete die Abrechnung des 4. Quartals und die Jahresabrechnung. Die Einnahme des 4. Quartals betrug 893 M., die Ausgabe 318,97 M., an die Hauptklasse wurden 274,63 M. zugeführt. Die Einnahme für 1908 betrug 2549,30 M., die Ausgabe 796,14 M., an die Hauptklasse gesamt 1573,16 M. Der Bestand der Votaklasse ist 211,45 M. Mitgliederbestand 108. Nach erfolgter Wahl wurde hervorgehoben: Die neue Verwaltung möge ihr Möglichstes tun, um die indifferenter Kollegen aufzusetseln.

Schwennigungen. Am 17. Januar stand unsre Generalversammlung statt, zu der die auswärtigen Sektionen stark vertreten waren. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß im vergangenen Jahre steinlich viel geleistet wurde. Rentenaufnahmen wurden 85 gemacht. Versammlungen fanden 49. Sitzungen 7 statt. Lohnbewegungen wurden in 13 Betrieben geführt, in 9 Betrieben mit Erfolg, in 1 Betrieb mit teilweise Erfolg, in 3 Betrieben erfolglos. Vorstellig wurde der Vorsitzende in 4 Betrieben, teils wegen Entlassung, teils wegen Behandlung seitens der Börsigkeiten und Verweigerung des Koalitionsrechts, in allen Fällen mit Erfolg, nur eine Entlassung konnte nicht rückgängig gemacht werden. Die Jahresabrechnung betrug 2955,75 M., die Ausgabe 1023,47 M. An die Hauptklasse wurden 1872,28 M. gesamt. In der Votaklasse bleibt ein Bestand von 162,95 M. Nach Erledigung der Wahl erwähnte der Vorsitzende die Kollegen zu festem Zusammenhalten, und jedes Mitglied sollte in diesem Jahre täglich agieren, da nächstes Jahr unsre Tarifverträge alle ablaufen. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen.

Solingen. Am 17. Januar stand unsre gut besuchte Generalversammlung statt. Nach Bekanntgabe der Abrechnung vom vierten Quartal erstattete Kollege Gräver den Jahresbericht. Danach haben im Jahre 1908 20 Versammlungen, darunter 10 Gewerkschaftssitzungen, stattgefunden; ein Vorstelligwerden war hierzu nötig. Die Jahresabrechnung betrug 2367,55 M., die Ausgabe 650,50 M., an die Hauptklasse wurden gesamt 1714,05 M. Der Vorstand bestand beträgt 613,99 M. Der Vorstand wurde wiedergewählt.

Stettin. Am 24. Januar stand die diesjährige Generalversammlung in den Fürstensälen statt. Der Saal war voll besetzt. Der Kollege Volt erstrahlte in seinem Jahresbericht, indem dieselben zu dem schmiedigen Mittel griffen und Mitglieder des Bundes bei der Betriebsleitung benannten. Als die Herren Verbänden ihre Aussage aufrecht erhalten sollten, hielten sie keine Worte, wenn wie die Tarife nicht eingehalten werden sollten, brauchten wir keine abzuschließen. Es wurde beschlossen, gegen das Tarifabschlußverbot des Herrn Saurenhaus vorzugehen und ein Schreiben an Herrn Saurenhaus, sowie an den Börsigischen Verband gelangen zu lassen. Hierzu wurde noch beschlossen, die Versammlungen jeden dritten Sonntag abwechselnd in Elberfeld und Worms abzuhalten und ersichtlich die Kollegen vollständig zu besuchen.

Frankfurt a. M. In der am 24. Januar stattgefundenen ausgebuchten Generalversammlung erstattete Kollege Laut Bericht über die Tätigkeit des Gesamtvorstandes. Nach anzuheben war, daß das Jahr 1908 ein ruhiges, jedoch in der Verwaltung gab es Arbeit genug, betreffs Beilegung von Differenzen, Entlassungen, Tarifabstimmungen u. a. Ein politischer Arbeitsnachweis wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember 1908 eingeschrieben 698 Personen. Hierdorfen wurden fest eingestellt 334 Personen. Aus dem vom Kollegen Laut erstatteten Bericht war zu erschließen, daß die Einnahmen der Hauptklasse im 4. Quartal 7168,85 M. betrugen. Ausgaben waren zu verzeichnen für Krankenunterstützung 1306 M., für Arbeitslosen- und Reisemittelstützung 680 M., Sterbegeld 120 M., Rechtschutz 150 M. Der Votaklasse wurden überwiesen 3714,37 M. Der Votaklasse bestand ist auf 5614,99 M. angewachsen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1160. Mit wenigen Änderungen wurde der alte Gesamtvorstand wiedergewählt. Nach einer Mahnung an die Kollegen, im neuen Jahre mehr wie zuvor auf dem Polten zu sein und die uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, damit bis Ablauf des Tarifs der letzte Brauereiarbeiter der Organisation angehöre, schloß der Vorsitzende das der Braumeister den Bericht der Bundesgesellen und erklärte das Ganze für erstanden und erlogen, und daß insbesondere auch seitens der Verbandsmitglieder niemand zur Rechenschaft herangeholt werden sei.

Wir haben diesem nichts hinzuzufügen.

Frankfurt a. M. In der am 24. Januar stattgefundenen ausgebuchten Generalversammlung erstattete Kollege Laut Bericht über die Tätigkeit des Gesamtvorstandes. Nach anzuheben war, daß das Jahr 1908 ein ruhiges, jedoch in der Verwaltung gab es Arbeit genug, betreffs Beilegung von Differenzen, Entlassungen, Tarifabstimmungen u. a. Ein politischer Arbeitsnachweis wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember 1908 eingeschrieben 698 Personen. Hierdorfen wurden fest eingestellt 334 Personen. Aus dem vom Kollegen Laut erstatteten Bericht war zu erschließen, daß die Einnahmen der Hauptklasse im 4. Quartal 7168,85 M. betrugen. Ausgaben waren zu verzeichnen für Krankenunterstützung 1306 M., für Arbeitslosen- und Reisemittelstützung 680 M., Sterbegeld 120 M., Rechtschutz 150 M. Der Votaklasse wurden überwiesen 3714,37 M. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 1160. Mit wenigen Änderungen wurde der alte Gesamtvorstand wiedergewählt. Nach einer Mahnung an die Kollegen, im neuen Jahre mehr wie zuvor auf dem Polten zu sein und die uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, damit bis Ablauf des Tarifs der letzte Brauereiarbeiter der Organisation angehöre, schloß der Vorsitzende die ausgebuchte Versammlung.

Gera. Unsre Generalversammlung fand am 16. Januar statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Jahresbericht und wies auf die Anforderungen in bezug auf die Agitation und Einigkeit im kommenden Jahre hin. Nach dem Bericht des Kassierers betrug die Einnahme 1908 4112 M., die Ausgabe 3651,50 M., an die Hauptklasse wurden 1272,61 M. gesamt. Das Vermögen der Votaklasse beträgt am Jahresende 2844,61 M. Nach erfolgter Neuwahl der Verwaltung wurde die Verhandlungsbehörden verschiedener Linzer Kollegen, besonders der Bierfahrer, scharf verurteilt. Ferner wurde noch bekannt gegeben, daß der Braumeister des Brauvereins, Gera, Kollegen über 30 Jahre nicht mehr einstellt, die sind ihm schon zu alt, was würde er lagen, wenn er selbst plötzlich für zu alt befunden würde?

Darmstadt. Am 10. Januar stand unsre Generalversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1908, sie ergab eine Einnahme von 330,20 M., Ausgaben 150,64 M. an die Hauptklasse wurden 179,56 M. abgeändert. Der Votaklasse bestand beträgt 323,39 M. Die Jahresabrechnung ergab eine Gewinneinnahme von 1395,40 M., an die Hauptklasse wurden 874,57 Mark gesamt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

Horburg. Unsre Generalversammlung fand am 19. Januar statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab eine Einnahme von 578,10 M., eine Ausgabe von 147,17 M. An die Hauptklasse wurden 430,95 M. gesamt. Nach dem Jahresbericht fanden 12 Versammlungen statt. Die Jahresabrechnung betrug 2973,55 M., die Ausgabe 617,37 M., an die Hauptklasse wurden 1766,18 M. gesamt. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 85 männliche und 10 weibliche. Die Neuwahl des Vorstandes brachte nur kleine Änderungen.

Aschaffenburg. Am 16. Januar tagte unsre Versammlung. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 164,35 M., der eine Ausgabe von 138,60 M. gegenüberstand. An die Hauptklasse konnten 18,60 Mark abgeändert werden. Der Bestand der Votaklasse betrug 16,70 M. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Beim Punkte Tarif erzielte

"beratung" entspann sich eine lebhafte Debatte über die beim letzten Streit Stehengebliebenen, denen die Justierung gegeben war, das geistige Werk hätten. Wie aber dieses Versprechen aussieht, geht aus der Neuerung des Braumeisters hervor, der zu einem der Kollegen sagte: "Wenn ich Sie noch einmal beim Vorsitz treffen, Sie sofort entlassen!" Hieraus mögen die Kollegen ersehen, wie die Justierungen der Unternehmer aussehen.

Köthen. Die Generalversammlung am 16. Januar nahm die Quartsabrechnung und den Jahresbericht entgegen. Der gesamte Marktverlauf belief sich auf 968, die Einnahmen betrugen 454,50 M., die Ausgaben 180,40 M. An die Hauptklasse gesamt 324,10 M. gefandt werden. Mitglieder waren am Schluß des Jahres 23. Versammlungen wurden 12, sowie eine Vorstandssitzung abgehalten. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Die bei der Versammlung zwischen einigen Kollegen vorgebrachten Disputationen wurden seitens des Vorsitzenden wieder beigelegt.

Sandberg a

große Sammelleistung einiger Mitglieder im Punkte Beitragszahlung und regte an, bei den in Wohngemeinden stehenden Mitgliedern auch die wöchentliche Beitragsszahlung einzuführen. Bezirksleiter Holzfurnier schiede in längeren Aussführungen den Verlauf der stattgefundenen Lohnbewegung und sprach seine Freude aus, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelungen sei, einen den hiesigen Verhältnissen entsprechenden ganz annehmbaren Tarifvertrag abzuschließen. Allerdings ließen es die meisten Brauereibesitzer an Berlischen diesen Tarifvertrag auf alle möglichen Art und Weise zu umgehen, nicht selten. Die Organisationsleitung sowie auch der Bezirksleiter nutzten des Weiteren eingerufen, um diese Herren an ihrem Vorhaben zu verhindern. Die Kollegen haben daher alle Kräfte über diese Vereinbarungen strengstens zu wachen und auf ihre Einhaltung zu bestehen, wozu ihnen nur eine starke Organisation die Möglichkeit bietet. Gelegentlich wird mit den übrigen Brauereibesitzern, mit welchen noch keine Vereinbarungen getroffen sind, auch einmal ein einiges Wort gesprochen werden müssen. Nach der Wahl des Vorstandes nahm Kollege Holzfurnier Veranlassung, auf die schädlichen Folgen steinlicher persönlicher Neubereicher, mit wenige, daß die Kollegen schon andere Aufgaben hätten, als sich wegen eines Bierkaffees zu alterieren, und das Organisationsinteresse zu schädigen. Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Mitglieder in tatkräftiger Mitarbeit an dem Ausbau der Zahlstelle erfolgte Schluß.

Würzburg. In der stark besuchten Generalversammlung vom 23. Januar wurde der Jahresbericht seitens der Bewaltung über das abgelaufene Jahr 1908 gegeben. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres 294 männliche und 10 weibliche. Aufnahmen hatten wir 141. Die Jahreseinnahme des Verbandes ohne die Postabgabe betrug 6266,25 M. Zu die Hauptstasse wurden abgezahlt 4230,65 M. Zur Unterstützung wurden am Orte 1847,40 Mark ausgeben.

In bezug auf Lohnbewegungen und Differenzen ist folgendes aufzuhören. Zu Würgau erbrachte Würzburg, wurde im Frühjahr 1908 eine Lohnbewegung eingeleitet, die neben dem Tarifvertrag vor allen Dingen den Bierländern, Heizern und Maschinisten, sowie den Hilfsarbeitern geregelte Arbeitsbedingungen und erhöhte Lohn bringen sollte. Die Brauer bilden im genannten Betriebe den Stamm der Organisation, und dieser Umstand hat bewirkt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen derselben im wesentlichen günstiger sind, wie der genannten Kategorien. Die Bewegung, die also zugunsten der Bierländer, Hilfsarbeiter und dem Maschinpersonal eingeleitet wurde, veränderte ein gutes Resultat. Die enttäuschten Angestellten verlangten jedoch diejenigen Arbeiter, und namentlich die Bierländer, für deren Befriedigung die Brauer die ersten Abfälle hätten zu kämpfen, und deshalb wurde die Bewegung eingestellt. Dieser Vorgang ist ein Beweis dafür, daß es sich die Arbeiter selbst anzuschreiben — die in ihrer Sturzähigkeit nicht das nötige Solidaritätsgefühl besitzen — wenn ihre Lage sich nicht bessert. Jeder hat eben die Behandlung, die er durch seine Gleichgültigkeit verdient.

Zu Hofbrauhaus kam es am 5. Juni zum Streik, dessen Ursache die Entlassung des Vertrauensmanns durch den Braumeister war. Mit seltener Einmütigkeit legten 100 Kollegen und Kolleginnen ohne Unterschied der Kategorie die Arbeit nieder, und dieser spontane Ausbruch des gemeinsamen Arbeitspersonals machte auf die Betriebsleitung diesen Eindruck. Der Streik, über dessen Notwendigkeit nur derjenige urteilen kann, der die vorhergehenden wochenlangen Unterhandlungen über die Differenzen, die beiderseitigen Verhältnisse im Betriebe kennt, endete nach sechsständiger Dauer mit vollem Erfolg. Der Vertrauensmann wurde wieder in das alte Arbeitsverhältnis eingetragen.

In der Malzfabrik Geiß wurde der Tarifvertrag erneut, und erhielten die Kollegen wöchentlich 1 M. Aufzehrung. — Der Streik in der Malzfabrik Hütten an der Heidingsfeld ging weiter. Doch mußte Hüttenmann seine unbegreifliche Starthöflichkeit schwer büßen, da das von den Streikbrechern hergestellte Produkt so schlecht war, daß viele Geschäftsbündnisse gelöst wurden.

Der Bezirksleiter war am Orte in 21 Sitzungen und Versammlungen tätig, außer den vielen Unterhandlungen und den notwendigen Christwechsel.

In der Generalversammlung wurde besonders auseinandergesetzt, daß persönliche Differenzen weder in den Mitgliedschaften der angegliederten Orte noch in Würzburg selbst zu verzeichnen waren. Die Bevölkerung und die Vertrauensleute haben neben den überzeugten Mitgliedern ihr Bestes eingebracht für den Ausbau der Organisation. Hoffen wir, daß in diesem Jahre auch im Würgau erbracht wird, bei uns fernstehenden Kollegen die bessere Einsicht plazieren, damit Würzburg eine starke Schutzwehr gegen Willkür und Unterdrückung der Bierländer und Kolleginnen wird. Unrechte Erfolge der letzten Jahre müssen auch den Bierländern die Augen öffnen, daß es Pflicht ist, den einzelnen Arbeitern ohne Unterschied in, um Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in Reich und Glied mit seines Arbeitsbündnisses zu kämpfen.

Joseph Röhl †.

Es geht uns die Nachricht zu, daß Kollege Röhl nach schwerem Leid verstorben ist. An ihm verlor unsere Organisation einen ihrer besten und tapfersten Kämpfer. Keine Maßregelung konnte ihn abschrecken, kein Opfer war ihm zu groß, selbst die Rechnung seiner nächsten Angehörigen konnte er ertragen, wenn er nur dem Verband dienen konnte. Er war der erste einer, welcher nach dem Kampfe in Rheinland-Westfalen das Banner der Organisation wieder erhob. Von seiner vorigen Arbeitsstätte in Elberfeld verseppt, feste der jungen, frische Röhl, nachdem er in Essen Arbeit gefunden hatte, alles davon, um so rasch als möglich die dortige Zahlstelle wieder hoch zu bringen. Seinem rasilien Eifer und eisernen Fleige gelang es. Schließlich wurde er, der ein guter Arbeiter war, auch hier wieder gemäßigt. Er achtete nicht der fortwährenden Krankheit, der Röhl die Niederschläge; er hielt aus aus dem Seinen, bis die Lohnbewegung zu Ende geführt war. Dann brach er zusammen. Noch einmal rührte er sich auf. Seine Kollegen hielten ihn zum Verbandsstagsdelegierten gewählt. Mit den Sendboten des Verbandes aus ganz Deutschland wollte er noch einmal zusammen sein. Jedem

Teilnehmer am Verbandstag in München wird es unvergeßlich sein, wie der fröhle Kollege, in sich zusammengezogen, glänzenden Auges mit gespanntestem geistigem Interesse den Verhandlungen folgte.

Schnell ging es nun abwärts mit seinen Kräften. Er wußte, daß es für ihn keine Rettung gab. Zu der wirklichen Waldflucht seiner bergischen Heimat wollte er Kinder suchen. Die „Wehrheimsche“, welche man anstellen lassen wollte, vertrieben den Todstrafen vor der ungastlichen Schweiz des Vaterhauses, wo man sich jetzt konnte auf einen solden Sohn. Ein toleranter Gewandter nahm ihn zu sich. Da ist er nun verschieden. Er hat ausgelöscht und ausgelöscht. Ein Held in dem gewaltigen Kampf der Zeit, ein ganzer Mann, der Westen einer!

Ehre seinem Andenken!

Rundschau.

Wie in der Brauerei Hoppoldt, Berlin, Wahlzeit gemacht werden.

In dem oben genannten Betriebe besteht ein Arbeiterausschuß, welchem u. a. auch zwei Brauer angehören. Dank der „Unparteilichkeit“ und des sanften Drubes der Vorzeigeführer ist es den Gelben immer noch möglich gewesen, zwei Drittel der Belegschaft zu sich heranzuziehen. Trotzdem stellen die Organisierten immer ein Auschlußmitglied, weil eben ein Teil dieser Zwangsbundesmitglieder in richtiger Erkenntnis, daß ihre Interessen am besten von den Organisierten vertreten werden, sitzt diese stimmt; ein Vertrauen, welches auch nie geändert worden ist. Auch in diesem Jahre stand wieder die Wahl für die zwiejährige Legislaturperiode statt, diesmal jedoch unter Hindernissen. Das bisherige organisierte Mitglied mußte zur allgemeinen Zufriedenheit täglich gewezen sein, denn als am 23. Januar die Neuwahl stattfand, gingen 3 von 28 Wahlstimmen abgelehnt aus, die gewählt aus der Wahl hervor. Von den 38 Abstimmenden eusten bis zu 25 Stimmen auf, die von dem Wahlleiter als gewählt proklamierten Verbandsmitglieder.

Dieses Resultat war selbstverständlich nicht nach dem Geheimrat des Brauereiherrn, welcher auch kategorisch erklärte: Diese Wahl ist ungültig, weil nur eine Partei vertreten ist. Punktum! Bedingt erklärt der als Wahlleiter tägliche Kontorangestellte, daß er dieses nicht verstehe, waso weniger, als die geheime Wahl nicht verletzt, überhaupt keine Regelwidrigkeit vorgekommen sei. Aber wozu ist man denn Brauerei, wenn man nicht so viel Einfluss auszuüben in der Lage ist?

Der Bureauvorsteher, an welchen man sich wandte, muß den Schmerzen dieser Herren mehr Verständnis entgegenbrachte haben, als der Buchhalter, der die Wahl korrekt geleitet hatte, denn 8 Tage später wurde unter Leitung des Vorsteigers zu einer Neuwahl gekürt, weil 2 Brauerei nicht benachrichtigt waren. Auch der Hinweis, daß diese beiden Stimmen nicht in der Lage seien, an dem Ergebnis etwas zu ändern, verhalf wirkungslos, worauf die Verbandsmitglieder und andre charakterste Männer geschlossen das Blatt verließen. Von den verbleibenden abtraten 20 Männer, ein schließlich der herbeigeholt. Woreingeschritten, welche sich zum ersten Mal an der Wahl beteiligten, wurden nur einstimmig 2 Gefesten als „Arbeitervertreter“ gewählt, welche auch die Bestätigung des Brauereiherrn erhielten.

Die Verbandsleiter sind nicht neidisch, zumal sie ihre Vertretung in der Organisation haben. Aber neugierig sind wir doch, was Herr Kommerzienrat Hoppoldt in dieser „Ergänzungswahl“ meint und ob er der Ansicht ist, daß dieses Verfahren geeignet ist, das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Vorgezogenen zu erhöhen?!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro Münzstr. 5, III, Hannover. — Fernspr. Nr. 5880. Diese Woche ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Über die Verwendung der schwarzen Kontrollkarten.

Die nun ausgegebenen schwarzen Karten treten an die Stelle der bisher benutzten roten Karten, der in einzelnen Zahlstellen noch benutzten gelben Kontrollkarten.

Jedes Mitglied erhält eine Karte. Sie gilt immer für das laufende Jahr. Dieses ist auf der Karte deutlich zu vermerken. Es ist also unter das am Kopf vorgebrachte Wort „Jahr“ die Zahl 1909 zu lesen; eventuell kann die Jahreszahl auch in die rechte Ecke eingeschrieben werden.

Abgestempelt wird immer dieselbe Nummer, welche die laufende Jahreswoche hat, welche der Beitrag bezahlt wurde. Tritt demnach ein Mitglied in der 24. Jahreswoche ein, so beginnt die Abstempelung nicht bei der Rubrik 1, sondern bei der Rubrik 24.

Die Mitglieder werden erachtet, die Karten möglichst zu schonen, besonders auch das eingetragene Nationale, damit sie längere Zeit, ohne sie neu umschreiben zu müssen, benutzt werden können. Für die folgenden Jahre werden lediglich Blätter ausgeliefert, welche nur die Aktivierung und den Bordruck für das laufende Geschäftsjahr enthalten, während die Eintragungen stehen bleiben können.

Die Zahlstellenvorstände werden erachtet, die Ausfüllung und Einlösung der laufenden Fragebögen zu beschleunigen. Für jeden Betrieb Brauerei, Bierbrauerei, Biermühle, Brennerei) ist ein Fragebogen auszufüllen.

Aus einer Anzahl Zahlstellen stehen die Fragebögen betreffend die Jahresfähigkeit in erhalte der Zahlstelle noch aus. Da bis zum 1. März das statistische Material an die Generalversammlung abzuliefern sein muß, erachten wir diejenigen Zahlstellen, welche es noch nicht getan haben, den Fragebogen umgehend auszufüllen und einzurichten. Im nächsten Naturjahr werden alle diejenigen Zahlstellen, welche den Fragebogen bis zum 15. Februar nicht eingebracht haben, bekannt gegeben.

Die Zahlstellenvorstände werden erachtet, die Ausfüllung und Einlösung der laufenden Fragebögen zu beschleunigen. Für jeden Betrieb Brauerei, Bierbrauerei, Biermühle, Brennerei) ist ein Fragebogen auszufüllen.

Aus einer Anzahl Zahlstellen stehen die Fragebögen betreffend die Jahresfähigkeit in erhalte der Zahlstelle noch aus.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange Stroh.

100 Stück gute 5 Pf.-Zigarren für 2 Mr. 50 Pf.

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus kontinuierlichem anfahre.

100 St. 6 Pf.-Zigarren für 3 Mr. 100 St. 1. 2 Pf.-Zigarren für 4 Mr.

100 St. hoch. 10 Pf.-Zig. für 5 Mr. 100 St. hoch. 12 Pf.-Zig. für 6 Mr.

Ein Vertrag führt zu darunter stehender Kondition: 500 Stück lange St